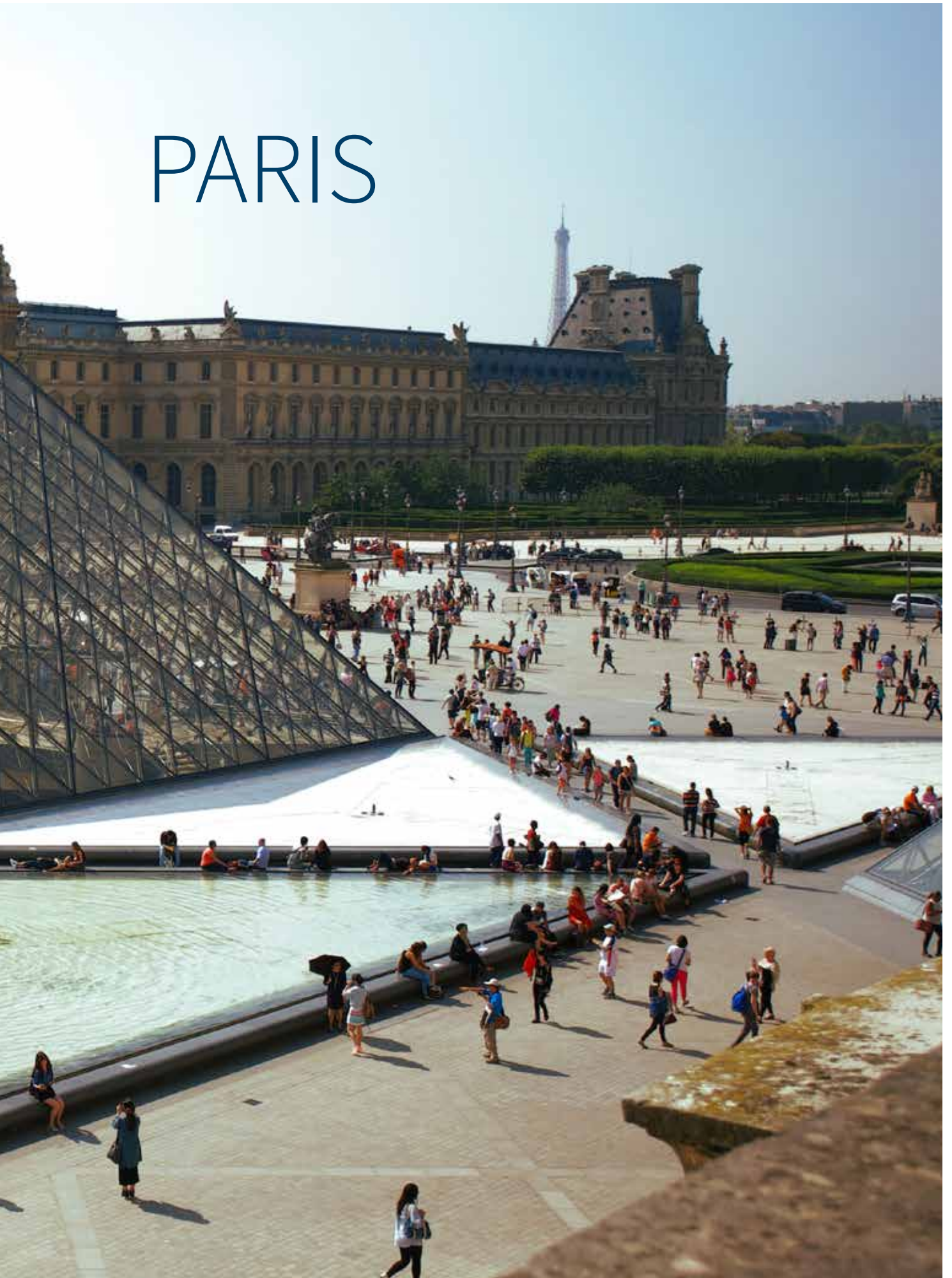




PARIS



DIE MACHT DER STRASSE – PROTEST GEGEN REFORMEN



Dr. Christian Thimme leitet das Büro der Pariser Außenstelle des DAAD seit September 2017. Die Außenstelle wurde im Jahr des Elysée-Vertrages 1963 gegründet. Das Team besteht aus sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

- Die bisweilen gewalttätigen Massenproteste stellen wichtige Vorhaben der Regierung Macron infrage. Auch die von der Regierung geplanten Studiengebühren für grundständig Studierende, die nicht aus der EU kommen, stießen auf Widerstand: Die Studierenden protestierten und auch die Hälfte der Universitätspräsidentinnen und -präsidenten lehnt die Einführung dieser Gebühren entschieden ab.

Der brave deutsche Michel mag sich verwundert die Augen reiben. Selbst bei größter Unzufriedenheit mit den Plänen der Regierung akzeptieren die Menschen in Deutschland in der Regel doch, dass wichtige Reformvorhaben nach Abstimmung mit den Sozialpartnern im parlamentarischen Verfahren durchgesetzt werden. Zum Beispiel die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre unter einem sozialdemokratischen Sozialminister im Jahr 2007, die das Wahlvolk bisweilen murrend, aber doch widerstandslos hinnahm.

In Frankreich hingegen entscheidet nicht selten die Macht der Straße über die Durchsetzbarkeit einer Reform. Preiserhöhungen, Gesetzes- und Reformvorhaben nehmen nicht alle Teile der Bevölkerung einfach hin. Der Unmut entlädt sich jenseits des Rheins schnell mit Streiks, Blockaden und Demonstrationen. Das liegt allerdings weniger am viel beschworenen rebellischen Geist der „widerspenstigen Gallier“, sondern eher an den Eigenheiten der Verfassung der Fünften Republik.

Das Mehrheitswahlrecht ermöglicht einer Partei, deren Kernanhängerschaft um die 25 Prozent beträgt, eine komfortable absolute Mehrheit. Das ermuntert Regierungen nicht unbedingt, nach Abstimmung, Kompromiss und Ausgleich zu suchen. Die starke präsidentielle Ausrichtung der Demokratie geht mit einer schwachen Stellung des Parlaments einher. Zudem kommt die politische Klasse fast durchgängig aus denselben Elitehochschulen und gilt als technokratisch und wenig bürgernah.

Für viele entspricht Emmanuel Staatspräsident Macron diesem Bild in idealtypischer Weise. Haben sich frühere Präsidenten wie Jacques Chirac als jovial und volksnah oder François Hollande als „président normal“ inszeniert, haftet Macron das Etikett der Arroganz der Macht an. Ungeschickte und mangelnde Kommunikation lassen ihn als abgehoben und von den Bürgern entfremdet erscheinen.

Massenproteste, Demonstrationen und Streiks stellen die ehrgeizige Reformagenda Macrons



› Ritual am Samstag: Gelbwesten blockieren die Innenstadt von Paris.

2019 gleich zweimal infrage. Im November 2018 war die Bewegung der Gelbwesten entstanden, die sich zunächst an einer geringfügigen Erhöhung der Dieselsteuer entzündete und sich dann zu Massenprotesten mit einem Sammelsurium unterschiedlichster Forderungen ausweitete. Etwa sechs Monate zogen sich die Proteste der Gelbwesten hin. Jeden Samstag demonstrieren sie in Paris, anderen Städten und an vielen „rond points“, den Kreisverkehren. Vor allem aber blockierten sie jeden Samstag die Pariser Innenstadt, sie zerstörten Geschäfte, Busstationen und öffentliches Mobiliar.

Die Regierung hatte als Antwort auf die Proteste, die der überwiegende Teil der Bevölkerung anfänglich richtig fand, finanzielle Zugeständnisse in Höhe von über 10 Mrd. Euro für eine

Einkommensteuersenkung, Erleichterungen für Rentnerinnen und Rentner sowie eine Erhöhung des Mindestlohns gemacht. Große Teile der Bewegung kritisierten die Maßnahmen aber als unzureichend.

Um dem Unmut der Bevölkerung zu begegnen, organisierte die Regierung eine „grand débat“, eine große nationale Debatte, über die wichtigen gesellschaftlichen Fragen. In über 10.000 lokalen Versammlungen und auf einer Internetplattform beteiligten sich mehr als 1,9 Millionen Bürgerinnen und Bürger an der Diskussion. Auch Präsident Macron stellte sich in mehreren großen Treffen mit der Bevölkerung der Diskussion mit Intellektuellen, Schülerinnen und Schülern sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.

FORSCHUNGSKOOPERATION ZWISCHEN FRANKREICH UND DEUTSCHLAND

Deutschland und Frankreich zeichnen sich durch eine enge Forschungskooperation auf hohem Niveau aus. 50 Prozent der Forschungsausgaben der EU-Staaten kommen aus Deutschland und Frankreich, beide Länder arbeiten in

insgesamt 3.091 Hochschulkooperationen zusammen. Für Deutschland ist Frankreich der drittstärkste Partner bei Ko-Publikationen. Insgesamt sind 24.573 Ko-Publikationen erschienen, davon 10.190 mit dem Centre National de la Recherche

Scientifique als größter Forschungsorganisation. Spitzenreiter in der Forschungskooperation sind die Fächer Physik (3.011), Weltraumwissenschaften (1.657) und Chemie (1.538).



› Großdemonstration gegen die Rentenreform.

Kernthemen waren die hohe Steuerlast, das Bedürfnis nach mehr Bürgernähe und politischer Teilhabe. Die Regierung Macron stellte konkrete Änderungen in verschiedenen Bereichen in Aussicht. Dazu zählten eine geringere Einkommenssteuer für die Mittelklasse, die Abschaffung der bekannten Elitehochschule Ecole d'administration nationale (ENA), der Erhalt von Krankenhäusern und Schulen sowie mehr Volksabstimmungen. Allerdings setzte sie viele der Ankündigungen bisher nicht um – mit der Folge, dass Macron die enorme Mobilisierung in dieser öffentlichen Debatte nicht für sich nutzen konnte.

Bei den Europawahlen im Mai profitierte die rechtsradikale Partei Rassemblement National von Marine Le Pen am stärksten von der Bewegung der Gelbwesten. Sie schnitt mit knappem Vorsprung und 23,34 Prozent der Stimmen als stärkste Partei ab.

Im Dezember 2019 stellte die Regierung Macron ihr wichtigstes und lange angekündigtes Reformpaket vor: die Rentenreform. Etliche

Vorgängerregierungen hatten sich bereits an der Reform des unübersichtlichen und ungerechten Rentensystems die Zähne ausgebissen.

In Frankreich gibt es 42 verschiedene Rentensysteme für die Berufsgruppen. Die Grundrente berechnet sich nicht wie in der überwiegenden Mehrheit der europäischen Staaten nach Punkten. In der Privatwirtschaft erfolgt die Bemessung nach den 25 besten Jahren und im



› Während des Streiks bleiben die meisten Metrostationen geschlossen, die Pariser laufen oder fahren mit dem Fahrrad.

Alumnireise nach Frankfurt

Eine buntgemischte, multidisziplinäre Gruppe von 25 DAAD-Alumni besuchte im November die Stadt Frankfurt, traf sich dort mit hochrangigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und besuchte mehrere Forschungseinrichtungen in der Main-Metropole.

Zum Auftakt des vielfältigen Programms empfing Uwe Becker, Bürgermeister und Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main, die DAAD-Alumni persönlich im Römer, dem historischen Rathaus der Stadt. An der Goethe-Universität begrüßten Vizepräsident Prof. Dr. Rolf van Dick und die Leitung des International Office die Gruppe. In allen Ansprachen stand die wichtige Rolle des DAAD für internationale Hochschulkooperationen und wissenschaftlichen Austausch im Vordergrund, die Arbeit des DAAD erfreut sich großer Wertschätzung.



› Besuch bei der Europäischen Zentralbank.



› Ein Highlight der Alumnireise war der Besuch im Max-Planck-Institut für Hirnforschung.

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf den Treffen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Bei Besuchen des Fritz-Bauer-Instituts, des Exzellenzclusters „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ und des Max-Planck-Instituts für Hirnforschung tauchten die Alumni in die verschiedenen wissenschaftlichen Materien ein und nahmen aus den anregenden Diskussionen viele neue Erkenntnisse mit.

Abends führten die Alumni die Gespräche mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in einem informelleren Rahmen fort, trafen Mitglieder der Regionalgruppe Rhein-Main des DAAD-Freundeskreises oder ehemalige DAAD-Lektorinnen und -Lektoren, die an französischen Universitäten unterrichteten.



› DAAD-Alumni besuchen die Goethe-Universität.

Tagung zur Internationalisierung der Lehrerbildung in Nizza

Der hessische Staatssekretär Dr. Manuel Lösel von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) eröffnete die gemeinsame Tagung des DAAD, der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) und der Universität Nizza. Rund 90 Interessierte aus Wissenschaft, Politik und Praxis trafen sich vom 27. bis 28. Mai in Nizza, um über „Internationalisierung der Lehrerbildung“ zu diskutieren. Die Tagung vereinte Fachleute aus allen Phasen der Lehrerbildung sowie der nationalen und regionalen deutschen und französischen Schulbehörden.

Manuel Lösel betonte, dass aus KMK-Sicht die Internationalisierung der Lehrerbildung notwendig und wünschenswert sei, da sich der Schulalltag neuen Herausforderungen anpassen müsse und Kinder und Jugendliche mit Migrationserfahrung zunehmend die Klassenzimmer prägten. Allerdings habe im föderalen System die nationale Ebene eher eine koordinierende Funktion und nur sehr bedingt Einfluss auf Entscheidungen der Länder.



› Knapp 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutieren über internationale Lehrerbildung.



› Staatssekretär Dr. Manuel Lösel eröffnet die Tagung.

DFH fördert binationale Lehrerbildung

Prof. Dr. Olivier Mentz, Vizepräsident der DFH, erläuterte drei Ebenen der Internationalisierung, bei denen die Komplexität aufgrund der beteiligten Entscheidungsträgerinnen und -träger immer größer werde. Während die einfachste Form der Internationalisierung in der Lehrkräftebildung davon geprägt sei, dass nur die eigene Hochschule internationale Elemente in ihre Studiengänge integriere, stimme sich auf der mittleren Ebene die eigene Hochschule eng mit der Partnerhochschule im Ausland ab. Beide Partner sorgten in enger Abstimmung für einen strukturierten Studienverlauf und arbeiteten auf einen Doppelabschluss hin.

Die komplexeste Form von Internationalisierung sei dadurch definiert, dass am Ende die doppelte Lehrbefähigung stehe – also die Möglichkeit, in beiden Ländern als Lehrkraft zu arbeiten. Aufgrund der unterschiedlichen Ausbildungssysteme müssten sich die deutsch-französischen Studiengänge besonderen Herausforderungen stellen, die von den vier Studiengängen unter dem Dach der DFH in unterschiedlicher Art gelöst wurden.

Neues DAAD-Programm zur Internationalisierung der Lehrerbildung

In einem weiteren Plenarvortrag stellten Dr. Christian Thimme, Direktor der Außenstelle Paris, und Tabea Kaiser, die im DAAD für die Internationalisierung der Lehre zuständig ist, eine DAAD-Untersuchung zur Mobilität von Lehramtsstudierenden sowie das neue Förderprogramm „Lehramt.International“ des DAAD vor.

10-Punkte-Plan für stärkere Internationalisierung in der Lehrerbildung

In verschiedenen Arbeitsgruppen beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Herausforderungen einer binationalen Lehrerbildung: Sie spannten einen weiten Bogen, der Szenarien für Kooperation und Austausch bis hin zum Aufbau binationaler Studiengänge sowie die Desiderate gemeinsamer Bildungsforschung umfasste.

Am Ende der Tagung verabschiedeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Appell an Ministerien, Schulbehörden und Hochschulen, sich deutlicher für die Erhöhung der Mobilität von Studierenden und Lehrkräften sowie für bessere Rahmenbedingungen einer international ausgerichteten Lehrerbildung einzusetzen.

Sie forderten die konsequente Einrichtung von strukturierten Mobilitätsfenstern – auch für Praxisphasen – in allen Lehramtsstudiengängen, die großzügigere Anerkennung im Ausland erbrachter Praxisphasen in Studium und Vorbereitungsdienst sowie die Flexibilisierung der Rahmenverordnungen in binationalen Studiengängen und der Beurlaubungsgrundsätze nach Studienabschluss.

öffentlichen Dienst meist nach dem Gehalt der letzten sechs Monate. Einige der Rentenkassen sind hoch defizitär, bei der Bahn müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler 64 Prozent der Renten gegenfinanzieren. Das aktuelle Rentensystem hat dazu geführt, dass einige Berufsgruppen mit starker Durchsetzungsmacht enorme Vorteile haben.

Die Regierung will nun ein einheitliches Rentensystem einführen. Die 42 berufsbezogenen Rentenkassen sollen in eine universelle Kasse überführt werden. Geplant ist eine relativ lange Übergangszeit, erst für die Jahrgänge ab 1975 soll das neue System voll greifen.

Da das bisherige Rentensystem defizitär ist, soll außerdem von 2027 an das Mindestalter für den abzugsfreien Renteneintritt von 62 auf 64 Jahre steigen. Auch beim Eintritt ins Rentenalter gab es Sonderregelungen für einzelne Berufsgruppen mit enormen, kaum begründbaren Unterschieden zu anderen Berufsgruppen. So gehen die Beschäftigten der Nahverkehrsbetriebe RATP schon mit 56,9 Jahren und bei vollen Beitragsjahren mit einer Durchschnittsrente von 3.700 Euro in Pension. Ihre Rente ist damit mehr als doppelt so hoch wie die allgemeine Durchschnittsrente im Land.

Bereits eine Woche vor Offenlegung der Reformpläne riefen Anfang Dezember verschiedene Gewerkschaften präventiv zum Streik gegen die Reform auf. Die Beschäftigten der Eisenbahn und der Pariser Nahverkehrsbetriebe, die mit der Reform langfristig einen Teil ihrer Privilegien verlieren würden, führten die Proteste an und blockierten mit ihrem wochenlangen Streik das gesamte Land.

Angesichts der Tatsache, dass in der Vergangenheit bisher jeder Versuch einer Rentenreform zu Massenprotesten geführt hat, hätte man eine professionelle Kommunikationsstrategie der Regierung vermuten können. Nach fast zwei Jahren Vorbereitung war aber nur in Umrissen bekannt, wie die Reform konkret aussehen sollte. Insbesondere mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters hatte niemand gerechnet.

Die größte Gewerkschaft CFTD, die eigentlich die Rente nach Punkten befürwortet, schloss sich daraufhin der Streikbewegung an und verschaffte den Protesten gegen die Reform eine breite öffentliche Unterstützung. Das löste einen der längsten und heftigsten Streiks der letzten Jahrzehnte aus, der auch im weihnachtlichen Reiseverkehr keine Pause fand und für den Handel schmerzhaft Einbußen im Weihnachtsgeschäft bedeutete. Nach 40 Tagen Streik nahm die Regierung schließlich die Erhöhung des Rentenalters zurück, um die reformistischen Gewerkschaften wieder ins Boot zu holen. Ob die Reform im Kern noch durchsetzbar ist, war zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Beitrags noch nicht abzusehen.

Hochschulpolitik – Internationalisierungsstrategie mit kleinen Schritten

Ende 2018 hatte die Regierung eine neue Internationalisierungsstrategie für die Hochschulen beschlossen, um die Zahl der ausländischen Studierenden von 324.000 auf 500.000 zu erhöhen. Die Strategie „Bienvenue en France“ beruht im Wesentlichen auf zwei Pfeilern: Die Regierung möchte die Aufnahmebedingungen durch Visaerleichterungen verbessern, zusätzliche Aufenthaltstitel für die Arbeitssuche nach dem

Studium schaffen und ein Label für die gute Betreuung von ausländischen Studierenden einführen. Außerdem sollen grundständige Studierende, die nicht aus der EU kommen, Studiengebühren zahlen.

Die geplanten Studiengebühren führten nicht nur zu Protestaktionen der Studierenden, auch die Hälfte der Universitätspräsidentinnen und -präsidenten lehnt die Einführung dieser Gebühren entschieden ab. Nur etwa zehn Prozent der Universitäten haben die Einführung der Studiengebühren bisher umgesetzt. Viele Hochschulen haben zunächst von ihrem Recht Gebrauch gemacht, zehn Prozent der ausländischen Studierenden von den Gebühren auszunehmen, oder haben administrative Probleme aufgrund der Kurzfristigkeit der Umsetzung angeführt. Falls der Gesetzestext nicht geändert wird, werden sie ihn längerfristig allerdings umsetzen müssen. Einige weniger prestigereiche Universitäten fürchten aufgrund der Gebühren einen Rückgang der internationalen Studierenden. Viele Hochschulpräsidentinnen und -präsidenten sprechen sich für eine Differenzierung der Studiengebühren aus, nicht flächendeckend, sondern etwa für neue internationale Masterstudiengänge. Gleichzeitig fordern die Universitäten mehr Mittel, um die gewünschten höheren Studierendenzahlen umsetzen zu können.

GERMANISTIK UND DEUTSCHUNTERRICHT AN FRANZÖSISCHEN HOCHSCHULEN

Unter den Auslandsgermanistiken nimmt die französische schon immer eine Spitzenposition ein. 56 Hochschulen bieten heute klassische Germanistik (LLCE – langues, littératures et civilisations étrangères) oder Deutsch als Angewandte Fremdsprache (LEA – langue étrangère appliquée) an. Allerdings blieb auch Frankreich nicht von dem weltweiten Rückgang der Germanistik und der Deutschlernenden verschont.

2018/19 waren 2.421 Studierende an 34 Hochschulen in Studiengängen

der klassischen Germanistik und 5.231 Studierende an 43 Hochschulen im Fach LEA eingeschrieben. Insgesamt studierten also 8.130 Studierende in germanistischen Studiengängen. Dazu kommen mehrere zehntausend Studierende, die studienbegleitend Deutsch lernen. Allein in den Vorbereitungsklassen für die Elitehochschulen, auf die sich die Besten bewerben, lernen über 12.300 Studierende Deutsch als Fremdsprache. An den rund 200 Ingenieurhochschulen sind über 10.500 Studierende in Deutsch-

kurse eingeschrieben. Außerdem sind in den 184 Studiengängen der Deutsch-Französischen Hochschule etwa 3.000 französische Studierende eingeschrieben.

Der DAAD unterstützt die Germanistik in Frankreich mit 46 Lektorinnen und Lektoren. Sie vermitteln den Studierenden ein aktuelles Deutschlandbild und bereichern die Lehre in Frankreich durch wissenschaftliche Seminare in Literatur, Linguistik, Geschichte, Wirtschaft und Jura.



Die geplanten jährlichen Studiengebühren von 2.770 Euro für Bachelor-, beziehungsweise 3.770 Euro für Masterstudierende decken nur zu etwa einem Drittel die zusätzlichen Kosten ab. Nach dem protestreichen Jahr 2019 bleibt abzuwarten, ob die geplanten Studiengebühren tatsächlich eingeführt werden.

Erfolgreicher ist ein neues Label für die gute Betreuung von ausländischen Studierenden, das mit einer Ausschreibung für zusätzliche Projektmittel verbunden ist. Um das von Campus France vergebene Label zu erhalten, führen die Hochschulen zunächst eine Selbstevaluation in fünf Bereichen mit insgesamt 20 Indikatoren durch.

Die Bereiche betreffen:

- **den Zugang zu Informationen:** Mehrsprachigkeit, transparente Infos zu Ausbildung und Abschlüssen, Online-Bearbeitung von Bewerbung und Administration des Studiums, Zugang zum Internet in Wohnheim und Hochschule sowie Zugang zu Computern.

- **Qualität der Betreuungsstrukturen:** „Welcome Desk“, schriftliche Informationen zu Studium, Studienort und Kulturangeboten sowie Angebote zur Erstintegration.
- **Studienbegleitung:** Kurse auf Englisch, Präpädeutika, E-Learning-Angebote und Kurse in Französisch als Fremdsprache.
- **Wohnen und Campus-Leben:** mehrsprachiges Betreuungsteam für Erstintegration, Unterstützung bei Wohnungssuche, Buddy-Programme, kulturelle Angebote sowie Ansprechpartnerinnen und -partner für internationale Studierende in jeder Einrichtung.
- **Nachbetreuung:** Career-Service, Kontakte zu Unternehmen, Alumniaktivitäten und Erfolgsmessung.

Nach Auswertung des Fragebogens vergibt eine Kommission das Label. Im Jahr darauf folgen Begehungen und ein Audit. Inzwischen wurden schon 56 Label an Hochschulen verliehen. 152 Projekte sind 2019 erstmals für die Förderung von Modellprojekten ausgewählt worden.

DATEN ZUM BILDUNGSSYSTEM FRANKREICH



2,5 Mio.

Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)



64,44 %

Immatrikulationsquote



6.783

Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland



13.016

Absolvent/innen Promotion



3,53 %

Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)



10,20 %

Anteil ausländischer Studierender



89.379

Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)

**Die beliebtesten Zielländer für Studierende**

1. Kanada
2. Vereinigtes Königreich
3. Belgien
4. Schweiz
5. Deutschland

**Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern**

1. Marokko
2. China
3. Algerien
4. Tunesien
5. Italien

Tabelle 13: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen **Frankreich**

A = Geförderte aus dem Ausland
D = Geförderte aus Deutschland

Frankreich

I. Individualförderung – gesamt	A	411
	D	361
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	163
	D	71
Studierende auf Master-Niveau	A	71
	D	83
Doktorand/innen	A	100
	D	53
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	77
	D	154
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	221
	D	132
1–6 Monate	A	121
	D	75
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	69
	D	154
II. Projektförderung – gesamt	A	192
	D	636
1. nach Status		
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	33
	D	349
Studierende auf Master-Niveau	A	52
	D	87
Doktorand/innen	A	65
	D	124
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	24
	D	76
andere Geförderte*	A	18
	D	
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	A	100
	D	600
1–6 Monate	A	77
	D	28
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	15
	D	8
III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt	A	3
	D	6.097
1. Mobilität mit Programmländern		
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A	
	D	4.748
2. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	A	
	D	870
3. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	3
	D	479
DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)	A	606
	D	7.094
DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt		7.700

*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an Studierende und Mitarbeiter von Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen zu den Geförderten beziehen sich auf das Projekt 2017 und damit auf die Laufzeit 1.6.2017–31.5.2019.